

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

36. Jahrgang / 210

3. November 1981

Alfred Emmerlich MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert, das Leugnen von NS-Verbrechen zu bestrafen: Im Untergrund zusammengebracht. Seite 1

Claus Arndt kritisiert, daß drei Verfassungsrichter Vertrauen in den Rechtsstaat zerstört haben: Karlsruhe und Nürnberg. Seite 3

Egon Lutz MdB untersucht die Oktoberdaten der Bundesanstalt für Arbeit: Wirtschaftspolitik à la Lambsdorff. Seite 5

Georg Schlaga MdB unterstreicht die gemeinsame entspannungspolitische Verantwortung Bonns und Warschaus: Rapacki aktuell. Seite 6

Buchbesprechung: Jochen Loreck über "Literatur für eine neue Wirklichkeit" - Bibliographie und Geschichte des Dietz-Verlags. Seite 9

Im Untergrund zusammengebracht

-----  
Das Leugnen von NS-Verbrechen muß bestraft werden

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Münchner Feuergefecht, vor allem aber die in neonazistischen Depots in der Lüneburger Heide aufgefundenen Waffen, Sprengmittel und Giftstoffe haben vermutlich jedem darüber die Augen geöffnet, was sich im braunen Untergrund an terroristischem Potential zusammengebracht hat. Es ist zu hoffen, daß die Unterschätzung und auch Verharmlosung des Neonazismus nunmehr auch in Bayern und Niedersachsen ein Ende hat.

Es genügt nicht dem nachzugehen, was sich nach den Funden in der Lüneburger Heide offensichtlich an Fragen aufdrängt, nämlich, welche Helfer und Hintermänner hatte Lembke bei der Beschaffung der Kampfmittel und bei der Anlegung der Depots, und wie ist es möglich gewesen, solche Mengen zusammenzubringen.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Konzipiert und gedruckt  
mit dem allerhöchsten  
Kunstwertpapier



Hingewiesen werden muß auch auf die Aufeinanderfolge von stark zunehmender neo-nazistischer Propaganda und der Bildung neonazistischer Terrorgruppen. Bei den neonazistischen Propaganda spielt die Leugnung des verbrecherischen Charakters des Nazismus eine zentrale Rolle. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion seit längerem und nunmehr verstärkt die Strafbarkeit der Leugnung nazistischer Verbrechen und die Strafbarkeit der Einfuhr neonazistischer Propagandamittel.

Aufmerksam gemacht werden muß auch darauf, daß die Neonazis durch Bildung von Jugendgruppen aller Art nicht ohne Erfolg versuchen, Kontakte zu jungen Menschen zu knüpfen und sie mit dem nazistischen Gift zu infizieren. In diesem Zusammenhang spielen die sogenannten Wehrsportgruppen eine besondere Rolle. Sie sollen die Abenteuerlust junger Menschen für den Neonazismus und die Faszination, die Waffen und Kampf auf nicht wenige junge Leute ausüben, nutzbar machen. Die Wehrsportgruppen sollen jungen, noch unreifen Bürgern das Gefühl der Gruppengeborgenheit geben und ihnen durch strenge Gruppendisziplin einerseits und Kameradschaft - wenn auch eine pervertierte Kameradschaft - andererseits Vereinigungssängste nehmen und Sicherheit und Selbstbewußtsein durch Gruppenzugehörigkeit geben. Die Attraktivität dieser neonazistischen Jugendgruppen ist bisher nicht richtig eingeschätzt worden. Es wird Zeit, daß das geschieht und geprüft wird, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. (-/3.11.1981/bgy/ks/ca)

+ + +



Karlsruhe und Nürnberg

Drei Verfassungsrichter zerstörten leichtfertig Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit

Von Dr. Claus Arndt

Senatsdirektor a.D.

Mitglied des Richterwahlausschusses für die Obersten Bundesgerichte

Normalerweise kommt in meinen Kommentaren das Wort "ich" nicht vor. Das soll heute anders sein. Jedermann, der mich kennt, weiß, mit welchem Nachdruck ich mich seit fast einem Menschenalter für die Achtung des Bundesverfassungsgerichts und die Sicherung seiner Rechtsprechung eingesetzt habe - im Bundestag in Plenar- und Ausschusssitzungen oder als Berichterstatter für das Bundesverfassungsgerichtsgesetz, in der Politik außerhalb des Parlaments und in der politischen und juristischen Fachliteratur.

Das war nicht immer leicht. Nur zu oft gab es Vorstöße, den wirklichen oder vermeintlichen Übergriffen des Gerichts in den politischen Raum oder auch nur einer mißliebigen Rechtsprechung durch Manipulation und Veränderung des dem Gericht vom Gesetz vorgeschriebenen Verfahrens zu begegnen. Selbst mit der von den eigenen politischen Freunden getragenen Bundesregierung habe ich deswegen heftige Konflikte - wenngleich auch nicht öffentlich - ausgefochten.

Wenn ich mich immer wieder Änderungen der Verfahrensvorschriften entgegengestemmt habe, dann deshalb, weil ich im Bundesverfassungsgericht nicht nur juristisch-abstrakt den "Hüter der Verfassung" gesehen habe, sondern vor allem deshalb, weil ich in seiner Existenz und Rechtsprechung die mitentscheidende Garantie dafür erblickte, daß dieses Land eine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie bleibe. Gewiß ist die entscheidende Sicherung dieses Zustandes nur dadurch erreichbar, daß genügend Menschen bereit sind, aktiv diesen freiheitlichsten Staat, den es bisher auf deutschem Boden gab, aktiv mitzutragen und zu verteidigen: Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten (wie uns das Schicksal der Weimarer Republik lehrte). Aber auch eine funktionsfähige Verfassungsgerichtsbarkeit ist hier ein wichtiger Faktor. Als unter der Nazidiktatur selbst und mit der Familie Verfolgter und als einer, der vier Jahre hinter dem Stacheldraht sowjetischer Lager gelebt hat, wußte und weiß ich, warum ich mich in dieser Weise aktiv um das Geschehen, um die Politik in diesem Lande kümmere.

Aber gerade darum hat mich die Entscheidung jener drei Richter des Vorprüfungsausschusses des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts so erschüttert, die am 16. Oktober 1981 die Verfassungsbeschwerde einer jungen Nürnbergerin nicht zur Entscheidung angenommen haben, die im März 1981 im Anschluß an den Polizeieinsatz gegen das Nürnberger Kommunikationszentrum "Komm" verhaftet worden war. Der Vorprüfungsausschuß begründet seinen Beschluß mit der Annahme, die Verfassungsbeschwerde habe keine hinreichende Aussicht auf Erfolg gehabt.

Ich will dem Ausschuß nicht widersprechen, wenn er davon ausgeht, daß der Grundsatz des gesetzlichen Richters nicht verletzt sein mag, und daß weiter sogar auch die bloße Tatsache nicht gegen die Verfassung verstößt, daß der Haftbefehl des Amtsgerichts Nürnberg auf einem hektographierten Vordruck ergangen ist. Immerhin hatte die Beschwerdeführerin beanstandet, daß der Haftbefehl ohne Einzelfallprüfung erlassen worden



sei. Dies hätte den Ausschuß veranlassen müssen, die Frage zu prüfen, ob der Beschwerdeführerin das in der Verfassung garantierte rechtliche Gehör (Artikel 103 Absatz 1 GG) der Sache nach (das heißt nicht etwa nur formal) gewährt und nicht etwa verwehrt worden ist.

Es ist schon empörend, wenn der Vorprüfungsausschuß sich in diesem Zusammenhang mehrfach darauf beruft, ihm sei nichts vorgetragen worden, was die Vermutung begründen könnte, es habe keine sachlich-inhaltliche Einzelfallprüfung stattgefunden. Ist es doch allgemein bekannt, unter welchen Umständen ein Großteil der einschlägigen Haftbefehle im März 1981 in Nürnberg ergangen ist. Doch selbst wenn den drei Richtern das entgangen sein sollte, so hätte es ihre Sorgfaltspflicht erfordert, sich hier Sachkenntnis und Aufklärung zu verschaffen und nicht darauf zu warten, daß ihnen wie in einem Zivilprozeß vor dem Amtsgericht etwas vorgetragen wird.

So haben sie verschuldet, daß in der Öffentlichkeit der Irrtum entstanden ist, hier habe das Bundesverfassungsgericht zur Sache - das heißt über die Verfassungsmäßigkeit des Haftbefehls - entschieden, obwohl Paragraph 93a Absatz 4 BVerfGG ausdrücklich feststellt, daß die Beschlüsse der Vorprüfungsausschüsse keine "Entscheidungen zur Sache" darstellen.

Ohne Not hat der Ausschuß die Beschwerde nicht dem Gesamtssenat vorgelegt, obwohl es sich um eine landesweit und international diskutierte und unter sehr zweifelhaften Umständen erfolgte massenhafte Entziehung der persönlichen Freiheit handelte, bei der bis heute viel dafür spricht, daß nicht nur einfaches Recht, sondern auch mehrfach verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte zum Teil eklatant verletzt worden sind. Es besteht zwar die begründete Hoffnung, daß das Bundesverfassungsgericht bei weiteren Verfahren seinen Vorprüfungsausschuß korrigieren wird. Dennoch hat dieser Ausschuß der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft des Bundesverfassungsgerichts einen ungeheuren Schaden zugefügt.

Die staatsbürgerliche Integrationswirkung dieses Gerichts beruht auf der für jedermann einleuchtenden fairen Verfahrensgestaltung und der überzeugenden Begründung seiner Entscheidungen. Wie sollen die Bürger dieses Landes das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht und in die Rechtsprechende Gewalt überhaupt behalten, wenn so entscheidende Dinge wie der Entzug der persönlichen Freiheit, wie der Verhaftung bis dahin unbescholtener Menschen von Mitgliedern des höchsten deutschen Gerichts in dieser Weise behandelt werden?

Immer wieder bin ich den weinerlichen Klagen etwa einer Lea Fleischmann mit Nachdruck entgegengetreten, die meinte, dieses Land könne aufgrund solcher und ähnlicher Vorkommnisse nicht das ihre sein. Ich meinte und meine dagegen bis heute, daß die nach dem Grundgesetz verfaßte Bundesrepublik Deutschland unser Land sein kann und sein muß. Warum müßten die drei Verfassungsrichter durch ihre leichtfertige Haltung so viel Vertrauen in das Gericht, unsere Rechtsordnung und damit in die Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit unseres Landes zerstören und allen denen, die sie verteidigen und die kritische Jugend für sie gewinnen wollen, die Argumentation schwer machen? Oder müssen wir gar selbst schon wieder um unsere Freiheit fürchten?

(-/ 3.11.1981/ks/ca)

+ + +



**Wirtschaftspolitik à la Lambsdorff****Bemerkungen zu den Oktober-Daten der Bundesanstalt für Arbeit**

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Sozialordnung  
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Betrachter möchte sich abwenden. Monat für Monat wird die Entwicklung angespannter. Der Arbeitsmarkt steckt in einem, für die bundesrepublikanische Geschichte wohl einmaligen, Tief. Das wird erneut durch die beklemmenden Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit verdeutlicht.

Für den Monat Oktober bilanziert sich das so: Bei einer Zunahme von 109.525 beläuft sich die Gesamtzahl der Stellungssuchenden nun auf 1.365.899. Dies bedeutet die höchste Quote seit dem Jahr 1952: 5,9 Prozent. Im Vorjahr lag sie bei 3,8 Prozent. Damit hat die Gesamtzahl gegenüber dem Vorjahr um 53,8 Prozent zugenommen.

Bei den Männern schlägt das konjunkturelle Tief voll auf den Arbeitsmarkt durch: Bei einer Quote von 4,7 Prozent sind 678.611 Arbeitnehmer ohne Beschäftigung; 69,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleiches gilt für den Arbeitsmarkt der Frauen: Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 40,9 Prozent auf eine neue Gesamtzahl von 687.288. Die Quote liegt jetzt bei 7,7 Prozent.

Bei dem kaum Erfreulichen des Oktobers nehmen sich die geringen Steigerungsraten der Problemgruppen noch positiv aus:

- Die Anzahl der Schwerbehinderten ist um 4.000 auf nunmehr 93.809 angestiegen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine unterdurchschnittliche Steigerungsrate von 35,5 Prozent.
- Positiv auch die Entwicklung der jugendlichen Stellungssuchenden. Bei einer geringen Abnahme gegenüber dem September liegt die absolute Zahl nun bei 131.784. Dies entspricht einer Quote von 5,8 Prozent.
- Bei den älteren Arbeitnehmern beläuft sich der Bestand der Arbeitslosen auf nunmehr 52.928. Dies immerhin noch 24 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die wirtschaftspolitischen Probleme verdeutlichen die Teilarbeitsmärkte: Den heftigsten Anstieg verzeichnet wiederum der Bausektor: 70.097 Arbeitnehmer des Baugewerbes sind ohne Beschäftigung. Das sind 136,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig ging die Zahl der offenen Stellen um 54,4 Prozent zurück. Im Sektor der Metall- und Elektroindustrie wird der konjunkturelle Einbruch immer drastischer. 208.871 Arbeitnehmer sind ohne Arbeit. Bei einer Zunahme, im Verhältnis zu 1980, von 67,3 Prozent bei einem gleichzeitigen Rückgang der offenen Stellen um 49,7 Prozent. Das Quartalsende beeinflusst den Bereich der Büro- und Verwaltungsberufe. 294.640 Arbeitnehmer sind auf Stellungsuche. Die Zahl der offenen Stellen ging um 40,8 Prozent zurück.

Was wir vorfinden, sind die Scherben einer Wirtschaftspolitik, die voller struktureller Fehler steckt. Seit mindestens 20 Monaten haben Sozialpolitiker immer wieder auf die Gefahren ansteigender Arbeitslosigkeit hingewiesen. Dies hat den Wirtschaftsminister im sozialliberalen Kabinett offensichtlich unbeeindruckt gelassen. Immer wieder hat er den Wachstumsfetischismus beschworen und allen Versuchen, die strukturelle Arbeitslosigkeit gezielt zu bekämpfen, eine Absage erteilt. Wenn er jetzt über Rücktritt philosophiert und fabuliert, sei ihm geraten, endlich seinen Verpflichtungen nachzukommen und seinen Beitrag zur Konsolidierung des Arbeitsmarktes zu leisten. Persönliches Gekränktheit eines Ministers ist weniger denn je gefragt. Lambsdorff trägt seinen Teil für die Misere im Tornister. Wer der Wirtschaft immer das Wort geredet hat, hat gefälligst wenigstens dafür zu sorgen, daß die Auswirkungen der Krise richtig bekämpft werden.

Wir warten auf ein klares Wort, auch der Freidemokraten in ihrer Gesamtheit.

(-/3.11.1981/ks/ca)

+ + +



Rapacki aktuell  
-----

Bonn und Warschau tragen gemeinsam entspannungspolitische Verantwortung

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Folgen des von Deutschland entfesselten Krieges waren neben dem schrecklichen persönlichen Leiden vieler Millionen Menschen die Teilung Europas, die Spaltung in zwei Bündnisse: Polen wurde Mitglied des Warschauer Paktes und der RGW, die Bundesrepublik wurde Mitglied der NATO und der EG. Außerdem war eine der wesentlichen Folgen eben nicht nur die Spaltung Europas, sondern die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten.

Durch die geographische und politische Situation beider Länder kam es zu einer gefährlichen Anhäufung von Waffen auf beiden Seiten. Und daran hat sich leider bis heute nichts, gar nichts geändert. Polen aber hat aus seiner besonderen Situation heraus mehrfach Initiativen zu politischen und militärischen Entspannungen ergriffen. Ich nenne nur den Rapacki-Plan, die polnische Mitwirkung bei KSZE und die sehr wesentliche polnische Initiative zur KAE = Konferenz für Abrüstung in Europa. Auf die zuletzt genannte Initiative werde ich zurückkommen.

Eine Anmerkung zum Rapacki-Plan halte ich gerade zum heutigen Zeitpunkt für unerlässlich: Am 2. Oktober 1957 hatte der damalige polnische Außenminister Rapacki vor der UN-Vollversammlung den Plan der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zum ersten Mal angesprochen. Und im Dezember 1957 in einem Interview in der Zeitung "Welt" die Gründe aufgeführt, die zu diesem polnischen Vorschlag führten: "Polen ist äußerst stark daran interessiert, daß sich die internationale Lage in der Richtung der Entspannung und Stabilisierung des Friedens entwickelt. Mit einer solchen Entwicklung der internationalen Lage sind die Hoffnungen unseres ganzen Landes verbunden, die Aussichten auf das Gedeihen unseres Landes, auf das Gelingen der von uns in letzter Zeit ergriffenen Maßnahmen."

Die Beziehungen zu Deutschland sind nach wie vor einer der Hauptfaktoren in Polens Geschichte und Politik. Wir stehen in den besten Beziehungen zur DDR; wir möchten unsere Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk auf der Grundlage der gegenseitigen Sicherheit, der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit ordnen."

Der Rapacki-Plan war eine wesentliche, wenn nicht gar die wesentlichste Initiative jener Zeit zum Disengagement in Mitteleuropa. Am 14. Februar 1958 wurde der Plan in seiner endgültigen Form vorgelegt. Der bundesdeutsche Außenminister von Brentano äußerte damals im Bundestag Zweifel an der eigenen Initiative der Polen. Wir wissen aber heute, daß die im Frühjahr 1957 entwickelte polnische Initiative zumindest am Anfang auf heftigen sowjetischen Widerstand gestoßen war.

Diese polnische Initiative wurde auch von westlicher Seite und auch von der damaligen Bundesregierung aus politischen und militärischen Gründen abgelehnt. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sagte damals Fritz Erler: "Das Bedrückendste ist, daß die Bundesregierung jetzt wiederum nur nein sagt, ohne eigene Vorschläge, die zweifelsohne notwendig wären, um den Rapacki-Plan zu ergänzen, vorzubringen."

Zu der Zeit befand sich das spätere Godesberger Programm voll in der Diskussion und einige Gedanken Rapackis haben sogar ihren Niederschlag in diesem Programm gefunden. Da heißt es zum Beispiel: "Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen..."

Eine Weiterentwicklung von Frieden- und Entspannungsinitiativen hat es nur für absehbare Zeit nicht gegeben; ein Aufeinanderzugehen erfolgte nicht. Gründe dafür waren egoistische Paktinteressen, natürlich und besonders auch psychologische Probleme zwischen Deutschland und Polen und die ungeklärte Grenzfrage. Erst Ende der 60er Jahre kam neue Bewegung in die erstarrten Verhältnisse. Einmal durch die Denkschrift der EKD, dann durch die Beschlüsse der SPD-Parteitage in Dortmund 1966 und in Nürnberg

1968, schließlich durch die Rede des damaligen polnischen Ministerpräsidenten Gomulka im Frühjahr 1969 und dann endlich durch die Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn 1969.

Die Verträge, die Berlinregelung und der Grundlagenvertrag waren unter anderem Folgen der neuen Politik. Unter dem bildet - wie im Warschauer Vertrag festgeschrieben - die Oder-Neisser-Grenze die Westgrenze Polens. Sicher war dies ein sehr wesentlicher Beitrag von unserer Seite zur Entspannung und für den Frieden. Ohne den Vertrag von Moskau und den Vertrag von Warschau wäre es nicht zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit der Schlußakte von Helsinki 1975 gekommen.

Eine weitere Folge der deutsch-polnischen Annäherung war die Ausweitung der Handelsbeziehungen: Für die Bundesrepublik Deutschland ist Polen der zweitgrößte Handelspartner im RGW und für Polen ist die Bundesrepublik der größte Handelspartner im Westhandel.

Ein anderer wesentlicher Punkt ist der humanitäre Bereich in den gegenseitigen Beziehungen. Wir wissen sehr zu würdigen, daß Polen das geschlossene Abkommen über die Ausreise von 125.000 Deutschen aus Polen innerhalb von vier Jahren übererfüllt hat. Insgesamt sind zwischen 1970 und 1980 229.349 Personen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Und in den ersten acht Monaten dieses Jahres waren es immerhin 25.154 Menschen.

In der Zwischenzeit aber sind vor dem Hintergrund von Afghanistan - wenn auch nicht nur vor diesem Hintergrund - die Spannungen zwischen den beiden Großmächten wieder angestiegen. Darüber hinaus empfinden viele, nicht nur wir, Unbehagen um die Vorgänge in und um Polen.

Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich gegenwärtig nicht ganz frei bin von der Furcht, daß das bisher Erreichte vielleicht aufs Spiel gesetzt werden könnte. Andererseits können wir aufgrund der Tatsache, daß die Spannungen der beiden Supermächte auf Europa nicht durchgeschlagen haben, eine Reihe von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung unserer Beziehungen ins Auge fassen.

Das ist jedoch auch eine Frage der "Großwetter-Lage" und des gegenseitigen Vertrauens. Denn weitere Möglichkeiten einer Entspannungspolitik zwischen den beiden Ländern lassen sich primär erst nur multilateral abschätzen und sehen, erst dann unter bilateralen Aspekten. Da gibt es vieles Wünschbare. Aber Wünsche werden in der Politik häufig von Realitäten verdrängt. Deshalb möchte ich mich hier beschränken auf das, was ich für durchführbar halte:

Das ist ganz allgemein die Förderung von Begegnungen aller Art, nicht nur auf Regierungsebene: Die Begegnung gesellschaftlicher Gruppen, die Fortführung und Intensivierung des deutsch-polnischen Forums, das inzwischen den Rang der Deutsch-Britischen-Königswinterer Gespräche erreicht haben dürfte; die Intensivierung des wissenschaftlichen Austauschs und - was ich für besonders wichtig halte - die Intensivierung von Jugendbegegnungen in beiden Ländern. An dieser Stelle möchte ich auch dafür danken, daß endlich die Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz Realität ist.

Ich weiß natürlich, daß Schulbuch- und Atlantenempfehlungen sehr wichtig sind, aber persönliche Begegnungen haben fundamentale Bedeutung. Immerhin werden wir im Jahre 1981 damit rechnen können, daß annähernd 400.000 polnische Bürger die Bundesrepublik besucht haben werden und umgekehrt etwa ebenso viele Bürger der Bundesrepublik in Polen gewesen sein werden.

Das ist zweifellos ein Wert an sich. Es ist weitgehend schon das, was man im Reiseverkehr Normalisierung nennt.

Wir wissen, daß unsere Spielräume im Rahmen der jeweiligen Bündnisse eng sind. Es wäre schlimm, wenn wir diese nicht als zu eng empfänden. Trotzdem kann jeder unter den gegebenen Voraussetzungen etwas gegen das Wettrüsten tun (Rumänien scheint da übrigens Zeichen zu setzen) und mit Nachdruck Wert darauf legen, daß es zu den längst überfälligen Abrüstungen beziehungsweise Truppenreduzierungen und zur Rüstungskontrollpolitik kommt.

Auch auf diesem Gebiet hat es Polen nicht an Initiativen fehlen lassen. Polen hat seine Vorstellungen in die Nachfolgekonferenz zur KSZE in Madrid eingebracht. Noch ist das, was Polen, aber auch Frankreich eingebracht haben, nicht Beschluß geworden. Und alle vernünftig denkenden Staaten werden sich um einen handhabbaren Kompromiß sehr ernsthaft bemühen müssen.

Das, was aus diesen Initiativen hervorgegangen ist, nennen wir KAE = Konferenz für Abrüstung in Europa. Kernpunkte dieser KAE sollen sein:

1. Ganz Europa bis hin zum Ural inklusive westlicher See- und Lufträume werden in das Gebiet, über welches Truppenreduzierungs- und Abrüstungsvereinbarungen getroffen werden sollen, einbezogen;
2. der Verpflichtungsgrad der teilnehmenden Länder (Signatarstaaten) sollen so hoch wie möglich gesetzt werden;
3. die Verifizierbarkeit der zu vereinbarenden vertrauensbildenden und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen muß gewährleistet werden.

Ich bin der Überzeugung, daß wir sehr bald zu einem sichtbaren Ergebnis kommen müssen. Denn wir sind uns einig darin, daß, wenn der Rüstungswettlauf nicht abgebremst werden kann, mit Sicherheit auf unsere beiden Staaten durch die jeweiligen Führungsmächte weitere untragbare finanzielle Rüstungsleistungen zukommen werden. Über die Folgen muß sich jeder - auch laut - seine Gedanken machen.

Daher ist es notwendig - ich betone das noch einmal -, daß in allen Gremien, die sich mit diesen Problemen in Europa befassen, die beiden Seiten bemüht sein müssen, ihren Einfluß für Vernunft und Vertrauen zueinander zum Durchbruch zu bringen. Dieses ist ein unabdingbares gemeinsames Interesse.

Für die Weiterentwicklung und den Bestand aller Kultur ist die drastische Minderung von Rüstungsausgaben oberste Voraussetzung. Trotz der gegenwärtig bestehenden Zustände jedoch kann man das, was wir Kulturaustausch nennen, zwischen beiden Staaten und Völkern noch vertiefen und vor allen Dingen verstärken. Das scheint mir ein weiterer wichtiger Punkt in den gegenseitigen Möglichkeiten zu sein.

Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Polen, werden wir bereit sein, materielle Hilfe zu leisten, wo immer dies uns möglich ist. Aber auch nur dann, wenn es erwünscht ist. (Ich war nicht glücklich über einen kürzlich in der Prawda erschienenen Artikel, der dem Westen vorwarf, er wolle mit seinen Mitteln Polen "kaufen". Ich bin sicher, es hat nur eine Hilfe gegenüber Polen im Einverständnis mit den Vorstellungen der Sowjetunion gegeben.)

Sicher, Polen hat wirtschaftliche Probleme - die Bundesrepublik Deutschland hat sie auf Ihre Weise auch. Die Weltwirtschaftskrise hat leider vor Ost- und Westeuropa nicht Halt gemacht. Daher sind auch unsere Leistungsmöglichkeiten begrenzt. Aber so viel kann ich an dieser Stelle hinzufügen: In diesem Jahr sind von der Bundesrepublik Deutschland erhebliche finanzielle und materielle Mittel für die Konsolidierung und für Hilfsmaßnahmen in Polen zur Verfügung gestellt worden. Ebenfalls hat sich die Bundesregierung in der Frage der Überbrückungshilfe für die Zahlungsbilanz und für das Problem der Umschuldung nachhaltig engagiert. Auch hier geht es um erhebliche Beträge.

Wir wissen um die Notwendigkeit weiterer wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen. Die Bundesregierung wäre und ist auch gern dazu bereit, die Versorgung der Bevölkerung Polens zu erleichtern, die Produktion der wichtigsten Güter aufrecht zu erhalten und fördern und zur Strukturhilfe zu leisten für ein Programm für die polnische Industrie und für die Landwirtschaft. All das ist zum Teil zwischen der Bundesrepublik Deutschland und polnischen Stellen besprochen worden und es ist sicher auch Gegenstand von künftigen Gesprächen und Verhandlungen. Inwieweit in und für Polen die Möglichkeit gereift ist, dem internationalen Währungsfond beizutreten, - eine wichtige Voraussetzung zur wirtschaftlichen Entwicklung und Konsolidierung - ist wohl noch Gegenstand von Überlegungen.

Alles in allem ist niemand derzeit in der Lage, Patentrezepte zu liefern, weder zur Lösung vorhandener wirtschaftlicher Schwierigkeiten, noch zur Lösung des eigentlich gestellten Themas, nämlich Voraussetzungen und Möglichkeiten zu nennen und zu schaffen für eine fortschreitende Entspannungspolitik zwischen der Bundesrepublik und Polen. Die Bundesrepublik sieht natürlich auch die Vertiefungen und Ausweitungen der deutsch-deutschen Beziehungen als ein wesentliches und ständig anzustrebendes Ziel an. Auch auf diesem Gebiet wird sich in absehbarer Zeit - wohl spätestens nach dem Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn - einiges bewegen. Wir sehen allenthalben die Zusammenhänge und bemühen uns, unsere Politik nicht nur darauf einzustellen, sondern sie gestaltend einzusetzen, gestaltend im Sinne einer Weiterentwicklung guter Beziehungen unserer beiden Länder zueinander.

(-/3.11.1981/Ks/ca)



Buchbesprechung

Literatur für eine neue Wirklichkeit, Bibliographie und Geschichte des Verlags  
J.H.W. Dietz Nachf. 1881-1981, Von Brigitte Emig/Max Schwarz/Rüdiger Zimmermann,  
512 Seiten, 48,-- DM

## 100 Jahre im Dienst der politischen Bildung

Seit mehr als 100 Jahren wirkt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Und seit nunmehr 100 Jahren gibt es einen Verlag, der Sozialdemokraten mit geistiger Wegzebrung beim Voranschreiten zum demokratischen Sozialismus versorgt. Der Dietz-Verlag, der in diesen Tagen mit einem Festakt in Bonn seinen runden Geburtstag begeht, hat durch seine Bücher entscheidend dazu beigetragen, daß aus einer einst verspotteten und verfolgten Klein-Partei die führende Kraft unseres Landes geworden ist.

Es gibt nur wenige Verlage, die bereits ein Jahrhundert bestehen. Wohl kein deutscher Verlag hat mehr für die demokratische Kultur und die politische Bildung der Arbeiterbewegung geleistet als der Dietz-Verlag. Gegründet wurde er 1881 von Johann Heinrich Wilhelm Dietz (1843-1922), den Erich Ollenhauer einmal als "Cotta der Sozialdemokratie" bezeichnet hat. Schnell wuchs das Unternehmen empor zu "dem" Buchverlag der SPD. Bücher von Lassalle, Marx und Engels, Kautsky und Bernstein, Bebel und Wilhelm Liebknecht begründeten die internationale Bedeutung des Verlages. Nach der Nazi-Diktatur bemächtigte sich die SED des angesehenen Verlagsnamens. Erst nach jahrelangem Rechtsstreit konnte die SPD den Verlagstitel 1959 zurückerhalten. (Daraufhin legalisierte die DDR den Verlagsnamen Dietz in Ost-Berlin durch die Benutzung eines SED-Mitglieds Dietz aus Rudolstadt.) Der Verlag hat mehrere Ortswechsel vollzogen - gegründet in Stuttgart, ab 1923 in Berlin, nach dem Krieg in Hannover und seit 1973 in Bonn ansässig. Unverändert geblieben in den verflissenen 100 Jahren ist das Eintreten für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Unter dem Titel "Literatur für eine neue Wirklichkeit" ist im Dietz-Verlag eine Bibliographie und Geschichte des Unternehmens erschienen. Ihres Verfasser, die beiden jungen Historiker Brigitte Emig und Rüdiger Zimmermann sowie der 1979 verstorbene Archivar Max Schwarz, haben die breite Palette aller Dietz-Publikationen sorgfältig dokumentiert. Die Bibliographie umfaßt außerdem kleinere, politisch benachbarte Verlage wie die Buchhandlung Vorwärts und die Verlagsgenossenschaft der USPD "Freiheit". Damit ist die Neuerscheinung wesentlich umfassender angelegt als das Verlags-Almanach von 1963 und die 1973 erschienene Bibliographie von Max Schwarz "Seit 1881".

Wer die Buchlisten durchsieht und die historischen Einführungen liest, wird angeregt, sich intensiver mit Geschichte und Theorie der deutschen Sozialdemokratie zu befassen. Gerade in einer Zeit, in der sich die SPD-Mitgliedschaft verjüngt und sich ihre soziale Zusammensetzung verändert, ist diese Beschäftigung notwendig. Vielleicht ermuntert es auch manchen Leser, ein Buch neu zu entdecken, das unter den seit 1881 erschienenen über 1.500 Dietz-Titeln einen einsamen Auflagen-Rekord hält: Es ist das vor gut 100 Jahren geschriebene und doch noch stets aktuelle Werk von August Bebel "Die Frau und der Sozialismus" mit einer Gesamtauflage von rund 250.000 Exemplaren. (-/3.11.1981/hi/ca)

Jochen Loreck

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

